



Gemeinderatsfraktion Leutenbach
Pierre Orthen
Bahnhofstr. 42
71397 Leutenbach

Stellungnahme der SPD-Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsplan 2020

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, sehr geehrter Bürgermeister Kiesel, sehr geehrter Herr Nothacker, Damen und Herren der Verwaltung, liebe Mitbürger*innen,

der Haushaltsentwurf 2020 liegt in der mittlerweile fast schon vertrauten Form der Doppik vor.

In unserer Haushaltsrede wollen wir uns kritisch mit Inhalten, Zielen und Zukunftsvorstellungen auseinandersetzen, zu diesen Stellung beziehen, sowie unsere eigene Zukunftsvision zumindest für die Gemeinde Leutenbach einbringen.

Leutenbach – Wo stehen wir und wie sieht unsere Zukunft aus?

Die Wirtschaft schwächelt – die Einnahmen sinken

Wir merken – nicht nur an der geringer als prognostiziert gestiegenen Einkommenssteuer – dass uns womöglich wirtschaftlich unangenehmere Zeiten bevorstehen. Während die letzten Jahre von einem stetigen Aufschwung geprägt waren, so müssen wir, wenn wir uns aktuelle Prognosen anschauen, davon ausgehen, dass das Bruttoinlandsprodukt nur noch gering wächst und wir in absehbarer Zukunft womöglich in eine Rezession rutschen.

Für die Unternehmen in der Region sowie für unsere Gemeinde sind jedoch die mit der Digitalisierung und dem Strukturwandel verbundenen Herausforderungen von noch größerer Bedeutung.

Zwar gehen Ökonomen nicht zwangsläufig davon aus, dass dies zwangsläufig Arbeitsplätze kosten wird, dennoch sollten wir uns darauf einstellen, dass sich das Bundesland und die Region in Zukunft stark verändern und wir derzeit nicht absehen können, wie diese Veränderungen zu bewerten sind.

Diese Entwicklung wird auch uns als Gemeinde Leutenbach jetzt und in Zukunft viel beschäftigen. Nicht nur, weil viele Arbeitnehmer*innen in Branchen arbeiten, die womöglich vom Arbeitsplatzabbau betroffen sind, sondern auch, da wir als finanzschwache Gemeinde stark von überörtlichen Steuereinnahmen abhängig sind. Diese machen fast 60 % unserer Gesamteinnahmen im Ergebnishaushalt aus. Ein weiteres Problem, das uns zu schaffen macht, ist die Zunahme an Pflichtaufgaben, die finanziell betrachtet mittlerweile über 80% des Gemeindehaushalts ausmachen. Bisher hat es die Grün-Schwarze Landesregierung allerdings nicht geschafft, den kommunalen Finanzausgleich so zu regeln, dass die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mittel versorgt werden. Daher hoffen wir darauf, dass der überarbeitete kommunale Finanzausgleich endlich für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden im Land sorgt.

Unabhängig davon müssen wir uns als Gemeinde jedoch auch in Zukunft fragen: Was ist nötig und worauf können wir verzichten? Welche Wünsche der Bürger*innen können wir erfüllen und welche nicht?

Denn in Zukunft haben wir vieles zu finanzieren – insbesondere im infrastrukturellen Bereich. Dazu gehören:

- Ausbau der Gemeinschaftsschule.
- Fertigstellung des Katholischen Kindergartens
- Sanierung der Rems-Murr Halle
- Bau von Wohnungen für Flüchtlinge und Wohnungssuchende

Betrachtet man den Gesamtplanungszeitraum, wird unsere Gesamtverschuldung aus Kernhaushalt und Gemeindewerke auf fast 15. Mio. ansteigen.

Erst ab 2022 können – sofern die wirtschaftliche Lage halbwegs stabil bleibt – wieder Schulden abgebaut werden, geplant mit jährlichen Tilgungszahlen von i.H.v 650 000 €. Dieser Betrag muss jedes Jahr mindestens erwirtschaftet werden und selbst dann stünde noch kein einziger Euro an Eigenmitteln für Investitionen zur Verfügung.

Leutenbach als digitale Gemeinde

Neben der finanziellen Situation werden wir uns in Zukunft auch verstärkt mit dem Thema Digitalisierung beschäftigen müssen.

Bereits in unserer letzten Haushaltsrede haben wir einen Antrag zu diesem Thema eingereicht und eine Bürgerversammlung zum digitalen Wandel gefordert.

Wir begrüßen, dass Leutenbach als eine von zehn Modellkommunen am Projekt „Heimat und Digitalisierung“ teilnimmt.

In den nächsten Wochen werden dazu Unterlagen an die Haushalte verteilt.

Grund hierfür war, dass die Gemeinde Leutenbach diesbezüglich aus Sicht der SPD-Fraktion noch einiges an Nachholbedarf hat.

Dies betrifft nicht nur administrative Abläufe, sondern auch vieles mehr:
Beispielsweise erfolgt die Ausgabe der Gemeinderatsunterlagen immer noch analog, während die meisten Kommunen in der Umgebung bereits auf Computer- oder Tablet-basierte Lösungen setzen.

Unserer Meinung ist es aus ökologischer Sicht nicht mehr zeitgemäß, wenn pro Sitzung Dutzende von Beratungsunterlagen mitsamt Anhängen für 18 Gemeinderäte kopiert werden und von Mitarbeitern mit dem Auto zugestellt werden.

Dennoch ist uns bewusst, dass einige Gemeinderäte lieber mit Unterlage in Papierform arbeiten, weshalb wir eine Wahlmöglichkeit zwischen digitaler und analoger Ausgabe befürworten.

Ebenso ist das Amtsblatt immer noch nur rein analog verfügbar. Insbesondere viele junge Einwohner*innen unserer Gemeinde würden mit Sicherheit ein digitales Angebot bevorzugen.

Aufgrund dessen fordern wir das Amtsblatt in Zukunft auch digital anzubieten beziehungsweise zu prüfen, ob das Amtsblatt kostenlos an alle Einwohner ausgegeben werden kann, da der Verbreitungsgrad sehr gering ist und viele Einwohner*innen über Vorgänge in der Gemeinde nicht Bescheid wissen.

Leerstand vermeiden – Wohnraum schaffen

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Zwar haben mittlerweile alle demokratischen Parteien dieses Problem erkannt, aber dennoch werden laut Untersuchungen mehrere hunderttausende Wohnungen zu wenig in Deutschland gebaut. Auch in unserer Gemeinde besteht ein Mangel an Wohnraum, der noch dadurch verschärft wird, dass Leutenbach aufgrund vieler positiver Standortfaktoren fortwährend steigende Einwohnerzahlen, insbesondere durch Zuzug, zu vermelden hat.

Deshalb begrüßen wir, dass die Verwaltung verschiedene Möglichkeiten vorschlägt, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Es ist auch ein interessanter Ansatz ein eigenes Wohnbau-Unternehmen zu gründen, das mit Sicherheit auch einige Chancen birgt.

Die SPD-Fraktion ist allerdings der Meinung, dass die Risiken überwiegen, und zwar insbesondere deshalb, weil wir eine Überlastung der Verwaltung fürchten und darüber hinaus bezweifeln, dass in unserer Kommune mit knapp 12.000 Einwohnern hierfür ein Bedarf besteht.

Stattdessen sind wir der Meinung, dass andere Möglichkeiten zur Schaffung bezahlbarer Wohnungen besser sind:

Dazu gehört beispielsweise, dass die Gemeinde Immobilien und Baugrund erwirbt und Wohnungen günstig weitervermietet bzw. beim Bau mit der Kreisbaugesellschaft oder genossenschaftlichen Trägern zusammenarbeitet.

Weitere Möglichkeiten wären aus unserer Sicht außerdem Vermieter zu entlasten, indem die Kommune als Vertragspartner auftritt oder freistehende Grundstücke mittels Baugebot einer Bebauung zuführt.

Um in Zukunft den Flächenverbrauch auf das Minimum zu begrenzen, sollte auch weiterhin der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ gelten.

Dabei dürfen wir die Folgekosten nicht vernachlässigen.

Verkehr

Der Leutenbach Tunnel ist zurzeit ein Thema, bedingt durch viele Unfälle.

Hier gilt es Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit zu prüfen.

Außerdem wurde durch den Lärmaktionsplan eine Absenkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h in den Hauptverkehrsstraßen möglich; dies begrüßen wir außerordentlich.

Weiterhin sind wir bemüht unsere Gemeindestraßen und Feldwege in einem guten Zustand zu erhalten, wobei das nur mit den zur Verfügung stehenden Mitteln geschehen kann.

Daher gilt: Wir können nicht alles sofort erledigen, aber wir sind bemüht, alle sanierungsbedürftigen Straßen so schnell wie möglich zu sanieren.

Aktuell macht uns insbesondere die Situation an den zwei Kreiseln zur B14 Sorge.

Wir befürchten, dass, bedingt durch die Bauvorhaben der Stadt Winnenden, sich die Situation noch wesentlich verschlechtern wird und auch die angedachte Ampellösung nicht zu einer Verbesserung, sondern eher zu weiteren Staus führen wird.

Wir denken, dass nur ein zweispuriger Kreisverkehr mit je einer direkten Spur von Affalterbach und Leutenbach zur B14 und umgekehrt Abhilfe schafft.

Neben straßenbaulichen Maßnahmen gilt es aber auch zu beachten, dass auch wir als Gemeinde einen Beitrag zur Verkehrswende zu leisten haben.

Um noch mehr Menschen für den Umstieg auf Bus und Bahn zu gewinnen, müssen nicht nur ausreichend Züge und Verbindungen angeboten bzw. bereitgestellt werden, sondern dafür müssen vor allem die Preise sinken.

Dementsprechend können wir nicht nachvollziehen, dass eine Mehrheit der Kreisräte für eine Erhöhung der Ticketpreise gestimmt haben und zudem der Antrag für ein 365-Euro-Ticket der SPD-Fraktion abgelehnt wurde.

Wir sind jedoch darüber erfreut, dass die Regionalversammlung den Vorschlag der SPD aufgegriffen hat alle Bahnsteige, also auch die in Nellmersbach, in absehbarer Zeit zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang schlägt die SPD-Fraktion vor, auch den nicht-behindertengerechten und sehr steilen Fußgängerweg östlich des Nellmersbacher Bahnhofs gemäß den Richtlinien barrierefrei zu gestalten.

Klima

Das letzte Jahr stand im Zeichen der „Fridays for Future“-Schülerproteste, an denen sich tausende von Schülern beteiligt haben.

Umso wichtiger ist unserer Ansicht, dass wir als Gemeinde weiterhin auf mehr Umweltschutz setzen.

Leutenbach ist nicht untätig geblieben. Wir haben beispielsweise Photovoltaik auf gemeindeeigenen Gebäuden, Ladesäulen für E-Autos am Löwenplatz sind geplant, die energetische Sanierung der Rems-Murr-Halle und es erfolgt eine Subventionierung des ÖPNV.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir nicht nur ein Zeichen setzen, sondern auch konkrete Maßnahmen für mehr Umweltschutz vorschlagen.

Kindergärten und Schulen

Es besteht ein hoher Investitionsbedarf in dem Bereich der Bildung. Es sind insgesamt über 10 Millionen Euro dafür vorgesehen. Dazu gehört bei der Gemeinschaftsschule der An- und Neubau von Klassenzimmern, die Modernisierung der naturwissenschaftlichen Räume und die digitale Medienausstattung.

Wir müssen uns in Zukunft jedoch die Frage stellen, bei welchen dieser Maßnahmen ein Kostensenkungspotential besteht, insbesondere, wenn Zuschüsse nicht mehr gewährt werden können.

Es besteht weiterer Bedarf an Kindergartenplätzen. Dazu gehört die Fertigstellung des katholischen Kindergartens, wobei die Gemeinde 70 Prozent der Kosten übernehmen muss sowie die Erweiterung des Kinderhauses Mühlefeld und der Bau neuer Räumlichkeiten.

Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt zudem die Initiative der SPD Baden-Württemberg für gebührenfreie Kitas.

Aus unserer Sicht darf Bildung nämlich nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Bürgerbeteiligung

Die SPD-Fraktion begrüßt die Einrichtung eines Jugendbeirates und sehen dies eventuell als Vorstufe zu einem Jugendgemeinderat, wenn sich dieses Konzept bewährt.

Alles in Allem gibt es viel zu tun. Gehen wir die uns bevorstehenden Herausforderungen an - nach unserem Motto:

Gemeinsam leben - gemeinsam gestalten – gemeinsam Verantwortung übernehmen!

Und frei nach Willy Brandt: „Es ist wichtiger, etwas im Kleinen zu tun, als im Großen darüber zu reden.“

Wir danken unserem Kämmerer Herr Nothacker sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Erarbeitung des Planwerks. Auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und in der Gemeinde Leutenbach danken wir für ihre Arbeit, ihren Einsatz und Engagement und insbesondere für die gute und kollegiale Zusammenarbeit.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion stimmt dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 zu.

Leutenbach, 30.1.2020

Pierre Orthen
für die SPD-Fraktion